

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 27.04.2006
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Gerd Wiesmann 46325 Borken

Mitglieder:

Herr Hartmut Ahold	46395 Bocholt	Vertretung für Frau Irmgard Kerkhoff
Herr Eckart Ballenthin	48703 Stadtlohn	
Herr Roman Cebaus	48703 Stadtlohn	
Frau Magdalene Garvert	46414 Rhede	
Herr Hermann Horstick	48712 Gescher	
Herr Bernhard Krasenbrink	46395 Bocholt	Vertretung für Herrn Hans Hund
Herr Paul Lensing	46325 Borken	
Frau Elisabeth Lindenhahn	46348 Raesfeld	
Herr Martin Schmitz	48712 Gescher	
Herr Rudolf-Josef Schmitz	48619 Heek	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Herr Wilhelm Stilkenbäumer	48734 Reken	
Herr Heinz-Josef Tönnies	46359 Heiden	
Herr Clemens Voß	48624 Schöppingen	
Frau Gabriele Wahle	48683 Ahaus	
Herr Friedhelm Weikamp	46414 Rhede	Vertretung für Herrn Hans Theo Peschkes
Frau Gertrud Welper	48691 Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp 46325 Borken
Herr Dr. Hermann Paßlick
Herr Hubert Grothues
Herr Wilfried Kersting
Herr Burkhard Venhues
Frau Kirsten Tenspolde

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Borken Vorlage: 0075/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Schulte antwortet Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues, nach ersten Anlaufschwierigkeiten bei der Umsetzung des Gesetzes, z.B. bei der Bereitstellung von Sammelbehältern, werde sich das Sammelsystem bald eingespielt haben.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp bedauert den mit der Schließung der Elektroschrott-Demontage in Gronau-Epe einhergehenden Wegfall von Arbeitsförderungsmaßnahmen, weist jedoch auf die weiterhin durch die Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Gronau mbH „Chance“ gegebenen Förderungsmöglichkeiten hin.

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Welper führt Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues aus, mit der Einführung des Elektro- und Elektronikgesetzes sei fortan die Industrie entsorgungspflichtig. Die EGW habe in diesem Zusammenhang lediglich die Aufgabe der Sammlung der Elektrogeräte übernommen.

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Voß unterstreicht Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues, die Verteilung der kommunalen Sammelstellen sei in der Bürgermeisterkonferenz abgestimmt worden. Man habe sich auf ein Zirkelmodell geeinigt, nach dem jede Sammelstelle einen Radius von 10 km abdecke. Die endgültige Entscheidung für oder gegen eine eigene Sammelstelle sei von den Räten vor Ort getroffen worden.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Borken vom 24.06.2005.

Punkt 2: Entwurf des Landschaftsplanes "Velen" a) Beratung und Beschlussfassung über die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung b) Beschluss über die öffentliche Auslegung Vorlage: 0051/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues erläutert, durch das vorgesehene „Deckblattverfahren“ solle keine Änderung des Planentwurfs erfolgen, sondern die von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Punkte sollten mit ausgelegt und damit zur Diskussion gestellt werden. Ansons-

ten sei ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich, welches die Offenlage weiter verzögere.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Beschluss: einstimmig

- Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wird entsprechend der in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschläge beschlossen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
6 Enthaltungen

- Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Sitzung des Umweltausschusses am 28.03.2006 von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Prüfaufträge I. bis IX. gemeinsam mit den beteiligten Landwirten abzuarbeiten. Bei der Offenlegung sollen diese Vorschläge als Deckblatt eingearbeitet werden.

Beschluss: einstimmig

- Der Entwurf des Landschaftsplanes „Velen“ wird in der Zeit vom 29.05.2006 bis 29.06.2006 öffentlich ausgelegt (§ 27 c LG NW).

Punkt 3: Entsendung stv. Mitglieder in die Zweckverbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel
Vorlage: 0071/2006

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Die Kreisausschussmitglieder Schmitz, Rudolf-Josef, und Schulte verlesen die Besetzungsvorschläge der Fraktionen. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Landrat Gerd Wiesmann stellt fest, es liege damit ein einheitlicher Wahlvorschlag vor und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag entsendet als stellvertretende Mitglieder in die Zweckverbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel:

Ordentliches Mitglied	stellv. Mitglied
1. Landrat Gerd Wiesmann	1. Werner Schnappenberger
2. Heinz-Josef Tönnies	2. Wilhelm Stilkenbäumer
3. Magdalene Garvert	3. Friedel Sebastian

4. Ursula Schulte	4. Johannes Kisfeld
5. Hans-Theo Peschkes	5. Elisabeth Lindenhahn
6. Rudolf-Josef Schmitz (EGW)	6. Eckart Ballenthin (EGW)

**Punkt 4: Beitritt des Landkreises Emsland als Gesellschafter der FMO GmbH (Flughafen Münster / Osnabrück) und Anpassung der Stammeinlagen an § 5 Abs. 3 GmbHG
Vorlage: 0072/2006**

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: 16 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Vertreter des Kreises Borken in der Gesellschafterversammlung der FMO Flughafen Münster / Osnabrück GmbH werden ermächtigt, folgende Beschlüsse mitzutragen:

1. Die Gesellschafterversammlung der FMO Flughafen Münster / Osnabrück GmbH stimmt dem Beitritt des neuen Gesellschafters Landkreis Emsland mit einem Anteil von 102.300,00 Euro im Rahmen einer entsprechenden Erhöhung des Stammkapitals zu.
2. Zur Einhaltung des § 55 Abs. 4 / § 5 Abs. 3 GmbHG (Teilbarkeit von Stammeinlagen durch 50 Euro) sollen die Anteile der anderen Gesellschafter auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Wert aufgerundet werden. Die sich daraus ergebenden Erhöhungsbeträge für jeden Gesellschafter (max. 50 Euro) werden durch Entnahme aus der jeweiligen Kapitalrücklage der einzelnen Gesellschafter finanziert. Die neuen prozentualen Anteile am Stammkapital ergeben sich aus der beiliegenden Anlage.

**Punkt 5: Verabschiedung einer Resolution zum Bleiberecht für seit langem in Deutschland lebende Flüchtlinge
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2006
Vorlage: 0081/2006**

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreisausschussmitglied Schulte betont die Wichtigkeit eines einheitlichen Abstimmungsverhaltens im Kreisausschuss als Signal für die in der nächsten Woche tagende Innenministerkonferenz und bittet um eine Sitzungsunterbrechung, um eine Einigung zu erzielen.

Kreisausschussmitglied Schmitz, Martin, stellt klar, Ziel der Innenministerkonferenz sei nicht eine Gesetzesänderung, sondern die Vereinheitlichung der das Gesetz konkretisierenden Erlasse auf Länderebene. Eine Resolution müsse daher konkreter formuliert werden und auch berücksichtigen, dass einige Ausländer ihren Verbleib durch fehlende Mitwirkung oder das Wegwerfen von Pässen ermöglichen.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick macht deutlich, die in den letzten Wochen in der Presse publizierten Fälle seien durch eine zur Diskussion stehende Bleiberechtsregelung für Altfälle nicht abgedeckt. Hier hätten fehlende Mitwirkung der Betroffenen und Täuschung der Behörden die Abschiebung bisher verhindert. Für ohne eigenes Verschulden seit langem in Deutschland lebende, wirtschaftlich und sozial integrierte Flüchtlinge, die sich an die Härtefallkommission wendeten, gebe der Fachbereich Sicherheit und Ordnung eine positive Stellungnahme ab. Dies führe in der Regel dazu, dass ein Bleiberecht empfohlen werde. Für die Fälle, in denen durch illegale Methoden ein Aufenthalt erzwungen worden sei, halte er dieses Vorgehen für nicht vertretbar.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, die Sitzung zur Erarbeitung eines gemeinsamen Resolutionsentwurfs für 15 Minuten zu unterbrechen.

Anschließend teilt Landrat Gerd Wiesmann mit, die Fraktionen hätten sich auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Beschluss: einstimmig

1. Der Kreistag fordert den Landrat auf, sich beim Innenminister des Landes NRW nachhaltig für eine Altfälleregelung für langjährig geduldete Ausländer einzusetzen. Die Kinder der zweiten Generation haben dabei besondere Berücksichtigung zu finden. Zur Verhinderung zukünftiger Altfälle muss das Asylverfahren weiter beschleunigt werden.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
6 Enthaltungen

2. Der Kreistag unterstützt ausdrücklich die Ausländerbehörde bei der gesetzmäßigen Umsetzung des Zuwanderungsrechtes und erkennt die in der Sachdarstellung beschriebene Vorgehensweise zur Durchführung des gesetzlichen Auftrages an.

Punkt : **Bleiberecht für seit langem in Deutschland lebende Flüchtlinge**
Vorlage: 0098/2006

Der Kreistag nimmt die Sachdarstellung zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.04./10.04.2006 zum Bleiberecht für seit lange in Deutschland lebende Flüchtlinge zur Kenntnis.

Punkt 6: **Verabschiedung eines offenen Briefes an die Landesregierung**
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2006
Vorlage: 0082/2006

Berichterstatte:r: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, diesen Tagesordnungspunkt erst in der Sitzung des Kreistages am 04.05.2006 zu behandeln, da in den nächsten Tagen auf Landesebene Entscheidungen in dieser Angelegenheit zu erwarten seien.

Ohne Beschluss

Punkt 7: **Teilnahme am "100 Alleen Programm" der Landesregierung**

Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2006
Vorlage: 0083/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues stellt klar, es gebe kein „100 Alleen Programm“, sondern lediglich eine Initiative zu diesem Thema. Der Unterschied dabei sei die fehlende Auslobung von finanziellen Mitteln bei Initiativen. Der Fachbereich Natur und Umwelt des Kreises Borken habe in den letzten Jahren jährlich 300 Bäume zwecks Anlage von Alleen und Baumreihen gepflanzt. Aktuell werde im Tiergarten in Velen eine 1000 m lange Allee angepflanzt und auch in Südlohn werde anlässlich der 775-Jahr-Feier eine Allee angelegt.

Kreisausschussmitglied Schulte bittet die Verwaltung, dieses Thema weiter zu verfolgen und bei einer neuen Entwicklung wieder aufzugreifen.

Ohne Beschluss

Punkt 8: Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss
Antrag der UWG-Fraktion vom 10.04.2006
Vorlage: 0088/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzender Clemens Voß

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Neubesetzung einer stellvertretenden sachkundigen Bürgerin im Jugendhilfeausschuss:

bisher: Antje Schröder, Ahaus

neu: Agatha Schlüter, Klausener-Str. 6, 46397 Bocholt

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 9.1: Schweinepest im Kreis Borken

Berichterstatter: Ltd. Kreisveterinärdirektor Dr. Albert Groeneveld

Ltd. Kreisveterinärdirektor Dr. Albert Groeneveld berichtet, die Aufhebungsuntersuchungen im Beobachtungsgebiet seien weit fortgeschritten. Die letzten der am Wochenende gezogenen Blutproben würden aktuell ausgewertet. Voraussichtlich morgen werde es die endgültigen Untersuchungsergebnisse und damit die Möglichkeit zur Aufhebung des Beobachtungsgebietes geben. Wenn dies eintrete, könnten schon ab morgen Nachmittag Tiere zum Schlachten verbracht werden. Ab Dienstag, dem 02.05.2006, würden dann die Aufhebungsuntersuchungen im Sperrbezirk anlaufen, die am Folgemontag dann in die Aufhebung dieses Bezirks münden könnten. Die bisherigen Untersuchungen in dem Bereich seien alle negativ gewesen. Er warne jedoch vor zu viel Optimismus, da auch in Recklinghausen im Rahmen der Aufhebungsuntersuchungen ein neuer Fall aufgetreten sei. Sicher sei jedoch, dass alles Mögliche und Erforderliche getan worden sei.

Als Zwischenresümee führt er an, die Tierseuchenbekämpfung nach den EU-Richtlinien sei als mittelalterlich zu bezeichnen. Ziel müsse es sein, neue Strategien der Bekämpfung zu entwickeln. Zum Thema Impfung sei festzustellen, dass die Diagnostik weiter entwickelt sei und es somit möglich sei, erkrankte von geimpften Schweinen zu unterscheiden. Jedoch

seien geimpfte Tiere schwer zu vermarkten, besonders außerhalb der EU. Der Kreis werde versuchen, auf Änderungen im Verfahren hinzuwirken und eine einheitliche Regelung auf EU-Ebene zu schaffen.

Es seien bislang 79 Bestände in NRW gekeult worden, in nur sechs davon seien Erkrankungen aufgetreten. Wegen Ansteckungsverdachts seien im Kreis Borken insgesamt 4.500 Schweine in 11 Beständen vorbeugend getötet worden. In Raesfeld wurden 218 Schweine wegen Pest getötet. Es werde nicht abgewartet, ob weitere Erkrankungen auftreten, um eine Verbreitung ins Um- und Ausland zu vermeiden. Die EU habe massivste Sperrmaßnahmen gegen Deutschland verhängt, die einen starken Handlungsdruck auf den Kreis ausgeübt hätten, besonders in Bezug auf die Keulungsmaßnahmen. Der Kreis müsse jedoch das entsprechende Vorgehen auch rechtfertigen und rechtlich begründen können.

Die Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen und dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW sei sehr gut. Der Personalbedarf sei sehr hoch, werde jedoch durch das große Engagement sowohl interner als auch externer Personen abgedeckt.

Punkt 9.2: Genehmigung des Kreishaushaltes 2006 durch die Bezirksregierung Münster

Kreisdirektor Werner Haßenkamp berichtet, die Bezirksregierung Münster habe heute die Haushaltssatzung genehmigt, so dass die vorläufige Haushaltsführung ende. Der Haushaltsplan 2006 werde dann gedruckt und in Kürze versendet. Auch die Eröffnungsbilanz könne fertig gestellt werden. Geplant sei der Versand Anfang Mai.

Er biete die Durchführung von Informationsveranstaltungen zur Eröffnungsbilanz an, wenn dies von den Kreistagsmitgliedern gewünscht werde.

Punkt 10: Anfragen

Punkt 10.1: Flächen im Eigentum des Kreises Borken und seiner Gesellschaften Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 25.04.2006 Vorlage: 0094/2006

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 25.04.2006.

Zu 1: Welche Flächen befinden sich im Eigentum des Kreises Borken? Welche dieser Flächen unterliegen einer landwirtschaftlichen Nutzung?

Die Gesamtfläche der Grundflächen im Eigentum des Kreises Borken betrage rd. 1.167 ha. Von diesen seien 168 ha als Ackerland (= 14%) und weitere 161 ha als Wald- und Forstflächen (= 14 %) in landwirtschaftlicher Nutzung.

Zu 2: Welche Flächen befinden sich im Eigentum bzw. Besitz der kreiseigenen Gesellschaften und Stiftungen? Welche dieser Flächen werden landwirtschaftlich genutzt?

Der „Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken“ seien zur Gründung 99,7 ha land- und forstwirtschaftlicher Grundbesitz am Naturschutzgebiet „Kranenmeer“ in Heiden als Eigentum übertragen worden. Zusätzlich erworben worden seien 7,3 ha. Vom gesamten Grundbesitz würden 15 ha landwirtschaftlich genutzt.

Zu 3: Welche Flächen befinden sich explizit im Besitz bzw. Eigentum der EGW und welcher Nutzung unterliegen diese Flächen?

Die EGW mbH verfüge über ca. 240.000 m² Grundvermögen. Hiervon würden ca. 170.000 m² gewerblich, für die Errichtung des Verwaltungsgebäudes, des Kompostwerkes und der MBA, und 70.000 m² landwirtschaftlich genutzt.

Punkt 10.2: Ausbildungsmarktsituation im Kreis Borken

Kreisausschussmitglied Schulte bittet darum, den Tagesordnungspunkt „Ausbildungsmarktsituation im Kreis Borken“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses bzw. Kreistages am 08.06. und 22.06.06 zu nehmen. Im Rahmen dieses Punktes sollten seitens der Verwaltung die Anmeldezahlen bei den Berufskollegs und auch die Zahl der abgelehnten Bewerber genannt werden.

Punkt 10.3: Standort der Rettungswache in Vreden

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Schulte antwortet LtD. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick, die Möglichkeit die Rettungswache in die neue Feuerwache zu integrieren sei von der Stadt Vreden abgelehnt worden. Die Ausschreibung sei ohne Standort-Vorgabe erfolgt, der durch das DRK vorgeschlagene Standort aber baurechtlich geprüft und genehmigt worden. In der kommenden Woche werde die Situation vor Ort noch einmal fachtechnisch geprüft und würden die entsprechenden Kennzeichnungs- bzw. Vorsichtsmaßnahmen festgelegt (z.B. Schilder, Farbflächen).

Kreisausschussmitglied Schulte bittet um Mitteilung der entsprechenden Maßnahmen im nächsten Ausschuss für Sicherheit und Ordnung.

Punkt 10.4: Verkauf des Bauhofes in Borken

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Schulte betont Kreisdirektor Werner Haßenkamp, die Verwaltung plane derzeit die Errichtung eines interkommunalen Bauhofes in Gescher-Estern. In unmittelbarem Zusammenhang stehe auch der Verkauf des Bauhofes in Borken. Die Gesamtüberlegungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Vorgesehen sei eine Entscheidung im Kreistag noch vor den Sommerferien. Der Ältestenrat sei über die Verhandlungen zum Verkauf des Bauhofes informiert worden. Im Laufe des weiteren Verfahrens werde der Kreistag, nach Abschluss der Überlegungen zur Neuorganisation der Bauhofstruktur, insgesamt informiert und um Abstimmung gebeten.

Punkt 10.5: Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Stadtlohn-Wenningfeld

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Schmitz, Martin, erläutert Landrat Gerd Wiesmann, bei der Antragstellung im letzten Jahr seien die Unterlagen, auch aus Sicht der Bezirksregierung Münster, vollständig gewesen. Durch eine geänderte Rechtslage musste seitens der Bezirksregierung ein Gutachten zum Schutz einer Fledermausart nachgefordert werden. Es liege also kein Versäumnis des Kreises vor.

Landrat Gerd Wiesmann schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

Gerd Wiesmann

Kirsten Tenspolde